

83%

mentinnen und Konsumenten, die ein Pfandsystem befürworten, glauben, dass die Plastikflaschen wie beim Glas wiederbefüllt werden. Das stimmt nicht. Denn nur ca. 9.000 Tonnen Plastik können durch ein Pfand auf Einwegplastikgebinde zusätzlich recycelt werden. Bis 2030 müssen wir aber ca. 90.000 Tonnen Plastikverpackungen aller Art dem Recycling zuführen“, rechnet Kastner vor. „Wenn Bundesministerin Leonore Gewessler ein Einwegplastikpfand fordert, wird sie die Plastikflasche für Jahrzehnte im System einzementieren. Statt nur eine grüne ‚Pfand-Religion‘ zu vertreten, sollte sie den Ausstieg aus Plastik organisieren.“

”

*Es darf nicht so wie in Deutschland passieren, dass der Handel zum Eigentümer der zurückgenommenen Pfandflaschen wird.*

**Werner Hochreiter**  
Arbeiterkammer Wien

Auch Marktführer Spar plädiert für eine Gesamtlösung und verwies bereits in einer ersten Reaktion auf den Vorstoß der Konkurrenz in der Vorwoche auf seinen Einsatz für eine hohe Mehrwegquote im Lebensmittelhandel.

Wie von Greenpeace bestätigt, hat Spar das größte Mehrweg-Getränkessortiment im heimischen LEH. „Da jedoch eine hohe Mehrwegquote von anderen Händlern und den Getränkeher-

#### Zustimmung

Laut Global-2000-Studie sprechen sich mehr als acht von zehn Österreichern für die Einführung eines Einwegpfandsystems aus – ein Wert, der angesichts der darunter liegenden Sammelquote zumindest erklärungsbedürftig erscheint.

stellern weder erreicht noch gewünscht wird, treten diese nun für niedrigere Mehrwegquoten und dafür für ein Einwegpfand ein“, folgert Spar in seiner Auseinandersetzung. Ein Pfandsystem sei „für die Konsumenten unpraktisch“ und darüber hinaus teuer.

Andersartige Bedenken äußert Werner Hochreiter, Umweltexperte der AK Wien. Zwar befürwortet er die Einführung eines Einwegpfands, tritt aber für Unabhängigkeit „von jeglichem Einfluss vom ARA-Verpackungssammelsystem und von den Großformen des Lebensmittelhandels ein“. Es dürfe nicht „so wie in Deutschland passieren, dass der Handel zum Eigentümer der zurückgenommenen Pfandflaschen wird und somit mit dem Einwegpfand Millionenprofite machen kann“, warnt Hochreiter – ansonsten wäre jede Handelskette ein Monopolist, von dem die Abfüller, die das Recyclat ja wiedereinsetzen sollen, „dann teuer abkaufen müssten“.

Ein System müsse im alleinigen Einfluss der Abfüller sein – wer Dienstleistungen für das System erbringen wolle, habe in dem System als Teilnehmer nichts verloren. Dass der Handel für die Rücknahme in den Geschäften eine Kostenabgeltung bekommen soll, sei ohnedies klar.



© AK Wien

#### Und der Konsument?

Eines scheint angesichts der vielen ungeklärten Fragen – allen voran jene nach der Zukunft der Nahversorger, denen ein möglicherweise entscheidender Wettbewerbsnachteil zu entstehen droht – und kritischen Stimmen aus verschiedenen Richtungen klar: Dass die Debatte um das Einwegpfand mit ihrer mutmaßlich heutigen Fixierung eher kein Ende finden und sich vom

”

*Mein wichtigstes Ziel ist, dass wir rasch zu einer Lösung kommen. Das ist die Aufgabe von Politik und Wirtschaft.*

**Leonore Gewessler**  
Umweltministerin



© BMK/Cajetan Perwein

primären Branchengespenst zum öffentlich diskutierten Politikum erheben wird.

Umfragen der letzten Jahre attestieren dem Einwegpfand eine hohe Zustimmung von teilweise über 80%. Ob diese unverbindliche Zustimmung auch mit einer genuinen Bereitschaft zu Mehraufwand beim Recyclen einhergeht, darf durchaus infrage gestellt werden – immerhin liegt die Sammelquote österreichweit bei gerade einmal 70%, in Wien bei nur 34%.

Gewessler, der es gelungen ist, in zwölf Monaten so manch mächtigen Gegner auf ihre Seite zu ziehen, hat es jedenfalls eilig: „Mein wichtigstes Ziel ist, dass wir rasch zu einer Lösung kommen.“ Das sei die Aufgabe von Politik und Wirtschaft. „Und genau das erwarten die Menschen in Österreich von uns.“

## PET-Sammelquoten

#### Status quo

In Österreich werden gegenwärtig jährlich 1,6 Mrd. Getränkeflaschen aus Kunststoff in Umlauf gebracht. Landesweit werden 70% davon gesammelt und recycelt; in Wien sind es etwa nur 34%.

#### Sammelziele

Die EU-Richtlinie zu Single-Use-Plastic sieht eine verpflichtende Ländersammelquote von 77% bis 2025 und 90% bis 2029 vor – bei Nichterreichungen drohen Strafzahlungen in Höhe von 20 bis 45 Mio. €.